

Hans-Jürgen Urban

Gute Arbeit in der Transformation



VSA:

Über eingreifende Politik
im digitalisierten Kapitalismus

Hans-Jürgen Urban
Gute Arbeit in der Transformation

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt a.M. sowie Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«.

Hans-Jürgen Urban

Gute Arbeit in der Transformation

Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2019, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Umschlaggestaltung unter Verwendung von Elementen aus der Grafik

»Banner Arbeit 4.0« (fotalia/trueffelpix.com)

ISBN 978-3-96488-012-3

Inhalt

Teil 1

Einleitung: Kapitalistische Transformation, Gute Arbeit und eingreifende Politik	11
1. Transformation des Kapitalismus	13
2. Gute Arbeit als regulative Idee und reale Utopie	17
3. Eingreifendes Denken und intervenierende Politik	19

Teil 2

Gute Arbeit als strategisches Projekt

1. Gute Arbeit und politische Strategiebildung	25
2. Die Ausgangsdiagnose: Arbeitspolitischer Problem- und Modernisierungstau	26
3. Gute Arbeit als strategischer Ansatz	28
4. Arbeitspolitische Strategieansätze – Versuch einer Typologie	31
5. Handlungsebenen und Strategieprobleme Guter Arbeit.....	36
6. Ausblick	42

Teil 3

Arbeitspolitische Felder und Transformationskonflikte

Kapitel 1: Demografischer Umbruch und die Strategie des sozialpolitischen »Verschiebebahnhofs«	46
1. »Verbetrieblichung« und »Vertariflichung« sozialer Sicherung	47
2. Risikofolgenabschätzung	49
3. Zur gewerkschaftlichen Strategiebildung	50
Exkurs: Stärkung der zweiten Säule der Alterssicherung durch das »Betriebsrentenstärkungsgesetz«?	58
4. Ausblick	63

Kapitel 2: Immer schneller, immer dichter – Leistungsintensivierung als Geißel der modernen Arbeit	64
1. Zur Zeitarchitektur kapitalistischer Gesellschaften	64
2. Ein Blick zurück: Arbeitszeit und Leistung im fordistischen Produktionsmodell	66
3. »Neuer« Kapitalismus – neue Dynamiken	68
4. Ein Blick nach vorn – Szenarien der Arbeit	73
5. Ausblick	78
Kapitel 3: Arbeitszeit – Gesundheit – Autonomie	81
1. Zeit, Leben und Herrschaft	81
2. Zeit, Arbeit, Gesundheit – die Zusammenhänge	82
3. Zeit, Arbeit und Gesundheit – die Realitäten	85
4. Zeit, Arbeit und Gesundheit – einige Konflikt- und Leitlinien	88
5. Praxistest: Der Tarifabschluss 2018 in der Metall- und Elektroindustrie	94
6. Fixpunkte, Wollen und Können in Arbeitszeitfragen	96
7. Ausblick	98
Kapitel 4: Auf dem Weg in die »Burnout«-Gesellschaft – der Griff nach dem ganzen Menschen	99
1. Kontextbezug und Setting-Orientierung in der Präventionspolitik – zur Bedeutung der Arbeitswelt	99
2. Psychische Fehlbelastungen – der Griff nach dem ganzen Menschen	108
3. Die Schutzlücke schließen – Perspektiven betrieblicher Präventionspolitik	120
4. Ausblick	128
Kapitel 5: Digitalisierung zwischen Rationalisierung und Humanisierung	130
1. Transformation des Gegenwartskapitalismus und die Digitalisierung	132
2. Zwischen Sozialkompromiss und Regulierungsverweigerung: der steinige Weg zu einer politischen Digitalisierungs-Agenda	139
3. Felder und Konfliktachsen einer arbeitskraftzentrierten Digitalisierungspolitik	144
4. Ausblick	154

Kapitel 6: Nicht jede Arbeit ist besser als keine – Konflikte um die Arbeitsbedingungen in der Transformation	157
1. »Viele Belastungen – wenig Einfluss«: Digitalisierung als Rationalisierung von oben	158
2. »Schwere Arbeit – wenig Aufmerksamkeit«: die vergessene Dimension moderner Arbeitswelt	163
3. »Viele Risiken – wenig Strategie« Zur Transformation in der Metall- und Elektroindustrie	170
4. Ausblick	176

Teil 4

Transformation des Kapitalismus und Ökologie der Arbeit Konturen einer ökologisch-sozialen Reformstrategie

1. Arbeitsökologie – ein Thema mit vielen Dimensionen	183
2. Drei Reproduktionskreisläufe als Felder gewerkschaftlicher Politik	184
3. Die ökologische Gretchenfrage: »Wie hältst du's mit dem Wachstum?«	194
4. Ausblick	209

Teil 5

Ausblick: Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel

1. »Private Regierungen« statt »demokratisches Unternehmen«	215
2. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie – Fehlentwicklungen und Anknüpfungspunkte	222
3. Essentials einer ökologisch-sozialen Wirtschaftsdemokratie	225
4. Wie steht es nun um die Gute Arbeit in der Transformation?	227
Literatur	236
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	260

Für Juliane

Teil 1

Einleitung: Kapitalistische Transformation, Gute Arbeit und eingreifende Politik

Der vorliegende Band beschäftigt sich mit der (Erwerbs-)Arbeit in einer Phase weitreichender Umbrüche. Dabei ist die Doppeldeutigkeit des Buchtitels willkommen. Gute Arbeit in der Transformation kann eine Befassung mit den Veränderungen in der Arbeitswelt ankündigen. Und an diesen mangelt es wahrlich nicht, wie zu zeigen sein wird. Das unbestimmte, aber nach Wertung suchende Adjektiv »gut« signalisiert einen normativen Anspruch. Denn Beobachtungen als Selbstzweck sind müßig. Ihren gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Wert erhalten sie als Ausgangspunkt für arbeitspolitische Interventionen, die die Diskrepanz zwischen dem Gewollten und dem Vorgefundenen zu überbrücken trachten. Gute Arbeit in der Transformation kann aber auch für eine andere Absicht stehen. Für ein Unterfangen, das aus einer gesellschaftlichen Perspektive auf die Arbeit blickt und die Zusammenhänge zwischen den Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und den betrieblichen Strukturbrüchen herauszuarbeiten versucht. Eine solche Perspektive begreift die Entwicklung der Arbeit als Teil des allgemeinen Formationswandels, in dem sich der entwickelte Kapitalismus gegenwärtig befindet. Im Folgenden ist beabsichtigt, beide Perspektiven mit ihren jeweiligen Stärken zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Untersucht werden sollen die Veränderungen der Arbeit im digitalen Kapitalismus, oder besser: in einem, der dabei ist, sich zu digitalisieren. Der eigentliche Schub steht wohl noch bevor. Die Kapitalismusbezeichnung reklamiert keinen hohen theoretischen Anspruch.¹ Schon gar nicht die Behauptung einer neuen Kapitalismusformation. Das Adjektiv »digital« soll lediglich darauf verweisen, dass die Durchdringung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunikation durch die digitalen Technologien als Grundtrend der Gegenwartsgesellschaften anerkannt wird. Dieser Grundtrend ist allerdings bedeutend. Er wird auch für die Regulierung der Arbeit immer wichtiger werden. Doch der digitalisierte Kapitalismus bleibt auf absehbare Zeit vor allem Kapitalismus.² Mit der Digitalisierung erreichen die gesellschaftlichen

¹ Zur Verwendung des Begriffs für viele Nachtwey/Staab 2015 und 2018.

² Paul Mason (2016) setzt in einem viel diskutierten Buch den Akzent anders. Seine Kernthese lautet: Die Digitalisierung überfordert den Kapitalismus. Folgerichtig sieht

Produktivkräfte eine neue Stufe. Und wie immer bergen sie unterschiedliche Potenziale in sich. In ihnen steckt die Möglichkeit, Arbeit zu erleichtern und zu erneuern, ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse zu vernetzen und direktere Formen der sozialen und politischen Kommunikation zu eröffnen. Aber sie können gewiss auch Arbeit verdichten und entfremden, Kontrolle und Überwachung in Betrieb und Gesellschaft neu dimensionieren und Methoden der privaten und öffentlichen Manipulation perfektionieren. Der Streit um Gute Arbeit im Gegenwartskapitalismus ist nicht zuletzt auch Streit um die Domestizierung der digitalen Produktivkräfte.

Der Haupttitel des vorliegenden Bandes enthält zwei Schlüsselbegriffe: *Gute Arbeit* und *Transformation*. Während Gute Arbeit eine bekannte Kategorie in gewerkschaftlichen Debatten darstellt, ist der Begriff der Transformation dort bis heute eine erklärungsbedürftige Vokabel. Doch vergleichsweise schnell scheint er sich in den gewerkschaftlichen Strategiedebatten festzusetzen.³ Transformation findet als eine Art Sammelbegriff Verwendung, der auf die Gleichzeitigkeit struktureller Veränderungen in der Arbeitswelt und der Ökonomie insgesamt verweist. Gemeint sind vor allem Globalisierung, Digitalisierung und Dekarbonisierung, also Prozesse, mit denen sich Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftliche Praktiker wie Strategen gleichermaßen seit geraumer Zeit auseinandersetzen müssen. Wie ein roter Faden zieht sich die Transformationskategorie etwa durch die Programmdokumente des 24. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in 2019. So heißt es etwa in dem die Diskussion vorbereitenden »Debattenpapier«: »Vor uns liegen gewaltige Veränderungen. Es geht um einen grundlegenden Wandel, um nichts weniger als eine Transformation unserer Wirtschaft, unserer Lebens- und Arbeitswelt. Es geht um die Zukunft der industriellen Branchen am Standort Deutschland, es geht um

er den Kapitalismus vor allem mit der Expansion digitaler Informationstechnologien an sein Ende und die Zeit für eine neue Ökonomie in einer »postkapitalistischen Gesellschaft« gekommen. »Wenn der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, sich dem technologischen Wandel anzupassen, wird der Postkapitalismus nötig. Wenn spontan Verhaltensweisen und Organisationen auftauchen, die den technologischen Wandel nutzen können, wird der Postkapitalismus möglich.« (S. 14) Zur kritischen Auseinandersetzung mit den Thesen Masons siehe das Streitgespräch mit ihm sowie mit Frederike Habermann, Frank Rieger, Hans-Jürgen Urban und Mathias Greffrath, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2016, S. 61-82.

³ Dazu etwa die Beiträge von Jörg Hofmann und Frank Bsirske in Schröder/Urban 2019 sowie IG Metall Vorstand 2018a.

die Zukunft der Beschäftigten in der Industrie und des Handwerks.« (IG Metall Vorstand 2018a: 6)⁴

1. Transformation des Kapitalismus

Doch nicht nur in gewerkschaftlichen Programmdokumenten, auch in journalistischen Printmedien wird über die Transformation der Gesellschaften diskutiert.⁵ Seinen Ursprung hat der Begriff allerdings in der kritischen Sozialwissenschaft.⁶ Schon lange wird in der politischen Ökonomie, der Soziologie und der Politikwissenschaft nach analytischen Wegen gefahndet, wie sich die radikalen Umbruchprozesse des Gegenwartskapitalismus auf den Begriff bringen ließen. Dass sich der fordistische Kapitalismus, also das lange Jahre produktive Zusammenspiel einer tayloristisch-fossilistisch basierten (Industrie-)Ökonomie mit einem schützenden und umverteilenden Wohlfahrtsstaat, in einem Übergang befindet, ist als Diagnose weitgehender Konsens. Doch wohin führt dieser Übergang? Das ist umstritten. Der Platzhalter-Begriff des Post-Fordismus bietet bis heute Raum für höchst unterschiedliche Etiketten: Postwachstums-Kapitalismus (Klaus Dörre/Karina Becker), Finanzmarkt-Kapitalismus (Paul Windolf), Kultur-Kapitalismus (Andreas Reckwitz), Hightech-Kapitalismus (Wolfgang F. Haug), Risiko-Gesellschaft (Ulrich Beck) oder Abstiegs-Gesellschaft (Oliver Nachtwey).

Einer der einflussreichsten Theoretiker der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft war zweifelsohne der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi (1944/1995). Er prägte den Begriff der »Great Transformation«, der in der neueren sozialwissenschaftlichen Forschung häufige Verwendung findet (für viele Deppe 2012; Atzmüller u.a. 2019; Aulenbacher/Marterbauer/Novy 2019; Aulenbacher/Bärnthaler/Novy 2019; Dörre u.a. 2019). Im Zentrum seiner Theorie steht die Entstehung der liberalen Marktgesellschaften durch

⁴ Zur Anlage der Debatte siehe www.igmetall.de/ueber-uns/dafuer-stehen-wir/ueber-uns-dafuer-stehen-wir-debattenpapier. Zugriff 2.6.2019.

⁵ Als Beleg für diese Einschätzung siehe die Kurzanalysen in Aulenbacher u.a. 2019.

⁶ Die sozialwissenschaftlichen Arbeiten, die sich in der jüngeren Vergangenheit unter Rekurs auf Polanyi mit dem Transformationstheorem beschäftigen, sind kaum mehr zu überblicken. Ihre auch nur annähernd vollständige Erfassung wäre ein eigenes, wohl nur kollektiv zu meisterndes Forschungsprojekt. Exemplarisch seien hier die Aktivitäten der 2018 ins Leben gerufenen »International Karl Polanyi Society« in Wien genannt (www.wu.ac.at/mlgd/forschung/karl-polanyi-society/gruendung-ikps/). Zugriff 2.6.2019. Siehe auch: Brie 2015 sowie Aulenbacher/Bärnthaler/Novy 2019.

die Herauslösung des Marktes aus den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie ihr Umkippen in faschistische Regime. Polanyi lokalisiert die Ursache für den Zusammenbruch der liberal-kapitalistischen Zivilisation Westeuropas in dem sozialen und technologischen Umbruch, der im 19. Jahrhundert die »Marktgemeinschaft« hervorbrachte. In dieser wurde die Ordnung der Warenproduktion und -distribution komplett dem unregulierten Marktmechanismus überlassen. Auch Arbeit, Boden und Geld wurden zu Tauschobjekten, die auf Märkten gehandelt wurden. Doch ihre Einbeziehung in die »Teufelsmühle des Marktes« (Polanyi) blieb nicht ohne Folgen. Denn ihre Kommodifizierung beruht Polanyi zufolge auf einer Fiktion. Arbeit, Boden und Geld lassen sich nicht wie beliebige Waren behandeln, ohne in ihrer Substanz und ihrer sozialen Funktion Schaden zu nehmen. Die Arbeitskraft etwa kann nicht ohne den Menschen existieren und sollte sie über ihre Regenerationskraft hinaus beansprucht werden, kann dies nicht ohne Folgen für die menschliche Gesundheit bleiben. Ähnlich destruktive Folgen in Form von Umweltzerstörung oder Inflation begleiten die Kommodifizierung von Boden und Geld. Um die »fiktiven Waren« und damit die gesellschaftliche Substanz vor den zersetzenden Marktkräften zu schützen, intervenierte die Gesellschaft durch regulative Institutionen in den Marktmechanismus. Sie bestanden vor allem in Sozialgesetzen und Regeln, die den Konkurrenz- und Profitmechanismen Grenzen setzten und die fiktiven Waren vor einer Übernutzung schützen sollen. Diese Maßnahmen beeinträchtigten jedoch die Funktion des Marktsystems, ihre Regulationsfunktion erwies sich als unzureichend. Die folgende Große Krise nach 1929 bot dem Faschismus in vielen Staaten Europas die Option der Machtübernahme.

Die historisch orientierte, politökonomische und soziologische Forschung hat vielfach Analogien zwischen Polanyis Analysen und den Entwicklungen des Gegenwartskapitalismus diagnostiziert. Auch im gegenwärtigen Übergang vom nationalen Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus zum globalen Finanzmarkt-Kapitalismus wird eine Entbettung kapitalistischer Märkte aus der staatlichen Regulierung beobachtet. Und wieder wirken die destruktiven Kräfte unregulierter Märkte sozial spaltend, sind Tendenzen gesellschaftlicher Zerrüttung und postdemokratische Autoritarismen offensichtlich (dazu etwa Crouch 2008; Deppe 2013). Zugleich wirken die damit verbundenen sozialen Spaltungen und Unsicherheiten als Treiber eines autoritären National-Populismus, der sich in vielen Ländern des entwickelten Kapitalismus ausbreitet und auch den Gewerkschaften zu schaffen macht (Urban 2018b).

Aus der Polanyischen Perspektive lässt sich die Auffassung vertreten, dass die Digitalisierung und vermutlich auch die anstehende Dekarbonisierung der industriellen Wertschöpfung einen neuen Ökonomisierungs- und Rati-

onalisierungsschub vorantreiben dürften, der eine doppelte Transformation befördert:⁷ die Transformation der Arbeit im Sinne einer Restrukturierung von Arbeitsabläufen und -organisation und zugleich die Transformation des institutionellen Settings sozialer Schutzrechte, auf dem der erreichte Grad an Dekommodifikation der Arbeitskraft im Wohlfahrtsstaat beruhte. Der Großen Transformation im 20. Jahrhundert folgt eine bereits über Gebühr verschleppte digital-ökologische Transformation im 21. Jahrhundert – eine Transformation ganz eigener Art.

Doch was würde dies bedeuten? Könnte es helfen, die aktuellen Umbruchprozesse besser zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sie im Interesse der Gesellschaft zu beeinflussen? Die Umbrüche in der Arbeit als Teil einer Polanyischen Transformation und damit als Basisdynamik der umfassenden Transformation des Gegenwartskapitalismus zu verstehen, hat Konsequenzen. Dies umso mehr, wenn eine solche Sichtweise auf den Prämissen einer an der marxistischen Gesellschaftsanalyse orientierten Grundauffassung beruht. Sie läuft darauf hinaus, bei der Analyse von Arbeit und Wirtschaft, aber auch von Politik und Kultur und des gesellschaftlichen Naturverhältnisses von einem spezifischen Konflikt zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, in denen sie sich entwickeln, auszugehen. Auf der einen Seite muss den kapitalistischen Produktivkräften eine historisch einmalige Fähigkeit zugeschrieben werden, technischen Fortschritt und ökonomische Innovationen zu erzeugen und zu verallgemeinern. Mit hoher Geschwindigkeit vermag der Kapitalismus wissenschaftliche Erkenntnisse in die Neuerfindung von Produkten und Produktionsverfahren zu übersetzen. Und da die Kraft der Gewerkschaften ausreichte und ein umverteilungswilliger und -fähiger Wohlfahrtsstaat das Seine dazu beitrug, konnte wirtschaftliche Wertschöpfung in gesellschaftliche Wohlfahrt transformiert werden, die nicht allen, aber auch vielen abhängig Beschäftigten einen ansehnlichen Lebensstandard sicherte. Die sich so entwickelnden Lebensweisen erzeugten nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für diejenigen, denen sie vorenthalten werden, eine große Ausstrahlungskraft.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Denn die Einpassung dieser mehr als beeindruckenden Standards an ökonomischem Fortschritt, sozialer Lebensqualität und kulturellen Lebensweisen in die Logik kapitalistischer Rationalisierung schädigen, ja deformieren sie. Den Leistungen ste-

⁷ Im Weiteren soll terminologisch zwischen der *Digitalisierung von Arbeit* und *digitaler Arbeit* unterschieden werden. Während Digitalisierung den *Prozess* der Durchdringung der Arbeit durch digitale Technologien bezeichnet, meint digitale Arbeit die *neue Qualität der Arbeit*, die aus dem Prozess hervorgegangen ist (auch Hoose 2018: 3f.).

hen erhebliche Kosten gegenüber. Sie fallen in Form prekärer Arbeit und Armutslöhnen, sozialer Spaltungen und gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen an; oder sie werden externalisiert, also auf Menschen und Natur in anderen Weltregionen abgeschoben, ganz verschwiegen oder zu angeblich systemunabhängigen Sachproblemen uminterpretiert. Die historische Entwicklung des kapitalistischen Fortschritts, so beeindruckend sie auch sein mag, ist ein gigantischer Beleg für die berühmt gewordene Feststellung von Karl Marx, dass die »kapitalistische Produktion (...) die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses« nur entwickeln kann, »indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (Marx 1972: 529f.).

Wenn aber die Konkurrenz- und Profitzwänge in nahezu alle Bereiche der gesellschaftlichen Existenz hineinwirken, dann finden erst recht die Entwicklungen in den Betrieben in einem Kontext statt, in dem die Zwänge kapitalistischer Marktkonkurrenz und der dadurch aufgeherrschte Zwang zur unternehmerischen Profitmaximierung dominieren. Diese Zwänge verändern den Handlungsrahmen der Akteure. Sie belohnen markt- und verwertungskompatible Verhaltensweisen und bestrafen andere; sie integrieren die einen und grenzen die anderen aus; sie führen zu Unterwerfung, aber auch zu Widerstand. Doch es hilft nichts: Alles soll letztlich durch das Nadelöhr des Konkurrenz- und Profitimperativs. Das gilt für Produktionsverfahren, Verwaltungen, Produkte und Personalstrategien genauso wie für Reaktionen auf Digitalisierung oder Dekarbonisierungs-Notwendigkeiten. Diese, so scheint festzustehen, zwingen zur Neustrukturierung der ökonomischen Wertschöpfung in allen ihren Zweigen. Der durch Technologie und Ökologie angetriebene und durch Markt- und Profitzwänge geformte Restrukturierungsdruck stößt einen tiefgreifenden Ökonomisierungs- und Rationalisierungsschub in den Betrieben an. Und er bringt neue Arbeitsanforderungen und -belastungen, flexiblere und agilere Arbeitsmodelle und neue Formen der betrieblichen Organisation und Kommunikation hervor.

Kurzum, im Selbstlauf, also als marktgetriebener Prozess, dürfte die gegenwärtige Transformation Polanyischen Pfaden folgen. Absehbar ist die weitere Freisetzung der Arbeit aus arbeits- und sozialrechtlichen Regulierungen, die durch die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik bereits in Gang gesetzt wurde. Um der damit verbundenen Schwächung der Arbeit und den Folgeschäden für die Gesellschaft entgegenzuwirken, wäre eine Gegenbewegung gefordert. Sollen die Interessen der Beschäftigten, der Gesellschaft und der Natur in diesem Kräftefeld nicht unter die Räder geraten, sind Gegen- und Widerstandskräfte unverzichtbar – im gesell-

schaftlichen Naturverhältnis wie in der Arbeitspolitik. Um Letzteres soll es im vorliegenden Band gehen.

2. Gute Arbeit als regulative Idee und reale Utopie

Und was ist mit der Guten Arbeit? Auch dieser Schlüsselbegriff scheint erläuterungsbedürftig. Ist sie unter den Rationalisierungs- und Ökonomisierungsdynamiken kapitalistischer Transformation überhaupt realisierbar? Die Frage zwingt zu einer konkreteren Fassung des Begriffs der Guten Arbeit.

In den folgenden Ausführungen wird Gute Arbeit als forschungsprogrammatischer und gewerkschaftspolitischer Strategiebegriff gefasst. Er soll soziologischen Studien und arbeitspolitischen Interventionen als normativ gestützte Projektion dienen. Ziel ist es, in der gegenwärtigen Transformation der Arbeit grundlegende Dynamiken zu sondieren, ihnen entgegenzutreten oder sie auf einen Entwicklungspfad zu lenken, der den Nachhaltigkeitsanforderungen der Arbeit, der Gesellschaft und der Natur genügt. Das ist eine sehr weite und zugleich ambitionierte Fassung des Begriffs. In einem allgemeinen, in den gewerkschaftlichen Debatten durchaus üblichen Verständnis sind die Mindeststandards Guter Arbeit schnell benannt: Tarifvertraglich gesicherte Einkommen und Arbeitszeitstandards, gesundheitsverträgliche Arbeitsbedingungen sowie sozialer Schutz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter bilden die Kernelemente des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, das im fordistischen Kapitalismus erreicht werden konnte.

Diese Sozialstandards stellten das »Sozialeigentum« (Castel 2008) der ansonsten weitgehend eigentumslosen Lohnabhängigen dar. Doch seit Ende der 1970er Jahre triumphiert der Neoliberalismus in den Gesellschaften des Wohlfahrtsstaatskapitalismus. Damit setzte eine Welle der Enteignung des Sozialeigentums ein, die sicher geglaubte Errungenschaften beseitigte. Heute spiegeln die tradierten Standards keineswegs mehr die Normalität auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Erosion des Tarifsystems, die Entstehung eines wachsenden Niedriglohnssektors, steigende Fehlbelastungen der physischen und psychischen Gesundheit der Beschäftigten und nicht zuletzt weitreichende Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen haben nicht nur erkämpfte Sozialstandards abgesenkt. Sie haben zugleich einen Schub an Marktabhängigkeit und sozialer Unsicherheit in die Lohnabhängigen-Existenz zurückgebracht, der keine Illusionen darüber aufkommen lässt, dass die Arbeitskraft auch im Gegenwartskapitalismus eine Ware geblieben ist.

Es wundert daher nicht, dass die Merkmale des alten Normalarbeitsverhältnisses gegenüber denen der neuen prekären Arbeit vielfach als Standards

Guter Arbeit betrachtet werden. Das gilt vor allem für die Verlässlichkeit tariflicher Entgelt- und Arbeitszeitregeln sowie für das Niveau sozialversicherungsrechtlicher Leistungen. Und doch bliebe die einfache Wiederherstellung der alten Regeln hinter den Anforderungen der Gegenwart zurück. Die fordistische Normalarbeit konnte bereits in ihrer Hochphase keine Gültigkeit für alle Beschäftigten unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft und Beschäftigungssektor reklamieren. Auch damals war es in einem gewissen Sinne exklusiv und erreichte es weibliche und migrantische Arbeitskräfte sowie Beschäftigte in den privaten Dienstleistungen vielfach nicht. Zugleich basierte es auf einer fossilistischen Wachstumsökonomie, die sich aufgrund ihrer Übernutzung der Natur nicht in die Zukunft verlängern lässt. Mehr noch: Ein Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts erfordert vor allem eine Neukombination aus belastbareren kollektiven Rechten und individuell verfügbaren Autonomiespielräumen. Zugleich erfordert es, wie noch genauer zu zeigen sein wird, umfassende Demokratiefortschritte, nicht nur in den postdemokratischen Arenen des politischen Systems, sondern ebenso und mehr denn je in der bis heute weitgehend autokratisch beherrschten Arbeitswelt.

Im neuen Arbeitsregime dürften Arbeits- und damit Lebenszeit-Souveränität, Inhalte und gesellschaftlicher Gebrauchswert der Arbeit sowie die soziale Absicherung unterschiedlicher Erwerbsformen eine bedeutendere Rolle spielen. Diese und weitere Standards wie etwa gesundheits- und persönlichkeitsförderliche Arbeitsbedingungen, aber auch der Gebrauchswert und Kriterien der Nachhaltigkeit von Arbeit definieren, was heute unter Guter Arbeit verstanden wird. Sie zeichnen eine Qualität von Arbeit, die im Gegenwartskapitalismus für die meisten Menschen eher Wunsch als Realität ist. Aber sie beschreiben auch ein Modell der Erwerbsarbeit, das einen Sollzustand entwirft, der durch den Abgleich mit dem Istzustand Orientierungsmarken für die alltägliche Arbeitspolitik von Gewerkschaften und anderen Sozialreformer*innen zu erzeugen vermag.

Insofern ist Gute Arbeit eher Perspektive als Realität. Ihr wohnt Utopisches und Praxisrelevantes zugleich inne. Im Sinne einer »realen Utopie«⁸ stellt sie einen Zukunftsentwurf dar, an dem weiter zu arbeiten wäre, um eine Vorstellung von einer Erwerbsarbeit zu entwickeln, die materielle Sicherheit, individuelle Autonomie sowie soziale und ökologische Nachhal-

⁸ »Reale Utopien sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voranbewegen.« (Wright 2017: 11)

tigkeit zu realisieren in der Lage ist. Und als regulative Idee wirkt sie als ein normatives Leitbild, an dem sich eine Politik orientieren kann, die unter den neuen Bedingungen die lebendige Arbeit vor den Widrigkeiten des deregulierten Marktes schützen will.

In einer solch normativ gehaltvollen und zugegebenermaßen unbescheidenen Variante bedeutet Gute Arbeit mehr, als unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist. Das gilt für die beschriebenen sozialen und ökologischen Standards. Es gilt aber vor allem für das Maß an individueller Autonomie und innerbetrieblicher Demokratie. Hier treffen weitreichende Erwartungen notwendigerweise auf die Grenzen, die durch die Eigentums- und Verfügungsordnung der kapitalistischen Grundstruktur gesetzt werden. Im kapitalistischen Unternehmen ist, entsprechende Machtverhältnisse vorausgesetzt, weitreichende Mitbestimmung denkbar. Selbstbestimmung einzelner Beschäftigter oder Belegschaften, die individuellen und kollektiven Interessen den Vorrang vor der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes in profitorientierten Märkten einräumt, ist es jedoch nicht, jedenfalls nicht auf Dauer. Drücken die Entscheidungen der Beschäftigten zu stark auf die Profitabilität, wird die Keule der »Mindestrendite« gegen die Autonomie- und Demokratieansprüche geschwungen und gerät das Unternehmen früher oder später in Existenznot. Das »demokratische Unternehmen« als letztlich profitgesteuerter Verwertungszusammenhang ist und bleibt ein Widerspruch in sich.

Ebenso in der Gesamtwirtschaft. Solange demokratische Entscheidungen, mit denen die Gesellschaft ihre Interessen zum Ausdruck bringt, den profitgetriebenen Akkumulationsprozess nicht stören, ist und war in der Vergangenheit viel möglich. Doch geraten sie mit diesem in Konflikt und gerät die Akkumulation ins Stocken, beginnt zunächst die Krise der Ökonomie. Und diese befördert in der Regel politische Programme der Deregulierung und Leistungskürzungen. Natürlich ist dies kein Naturgesetz und es bestehen alternative Optionen. Doch der Blick in die jüngere Vergangenheit lässt diese Abfolge als Regel und nicht als Ausnahme sichtbar werden.

3. Eingreifendes Denken und intervenierende Politik

Es besteht also Handlungsbedarf. Im Selbstlauf dürfte die kapitalistische Transformation keine Gute Arbeit hervorbringen. Eine auf den Verlauf der Dinge einflussnehmende Praxis ist jedoch ein voraussetzungsvolles Unterfangen. Es erfordert zunächst ein eingreifendes Denken, das die Notwendigkeit von Veränderungen aufzeigt und die Möglichkeit einer verändern-

den Praxis begründet.⁹ Doch verändernd wirkt ein solches Denken nur, wenn mit ihm ein entsprechendes Handeln korrespondiert. Ein Handeln, das in den Lauf der Dinge eingreift. In der Wirtschaftspolitik wie in der allgemeinen Politik werden diese Eingriffe als Interventionen und eine entsprechende Praxis als intervenierende oder interventionistische Politik bezeichnet. Solch eine Politik ist unverzichtbar, soll aus der realen Utopie der Guten Arbeit betriebliche und gesellschaftliche Realität werden. Arbeitspolitik stellt dabei gleichsam das Zentrum dar, das jedoch arbeitsmarkt-, sozial- und wirtschaftspolitisch flankiert werden muss. Unter kapitalistischen Bedingungen ist dies eine Aufgabe, die nicht nur eine angemessene Analyse, sondern vor allem hinreichende Machtressourcen voraussetzt. Denn die Widerstände gegenüber solchen Interventionen sind immens. Jedenfalls, sobald sie in die Kernstruktur des Gegenwartskapitalismus vordringen: in seine Eigentumsordnung, seine Herrschaftsverhältnisse und die Zwänge der Konkurrenz- und Profitregeln.

Der in den gewerkschaftlichen und anderen politischen Debatten so beliebte Begriff der »Gestaltung« läuft Gefahr, die Konfliktpotenziale zu unterschätzen. Laut Wikipedia meint Gestaltung vor allem einen kreativen Schaffensprozess, der zumeist aus einer künstlerischen Perspektive die Dinge nach ästhetischen Vorlieben zu formen trachtet, so etwa im Bereich der bildenden Kunst, des Designs, der Mode oder der Architektur.¹⁰ Doch mit der Realität des betrieblichen und gesellschaftlichen Kampfes um Gute Arbeit hat das wenig zu tun. Nicht, dass nicht auch hier Kreativität gefordert wäre. Aber in Klassenauseinandersetzungen dieser Art dominieren nicht Ästhetik und Kunstfertigkeit, sondern antagonistische Interessen, Machtressourcen sowie der Wille zu Solidarität und die Fähigkeit zum Konflikt. Aus diesem Grund soll im Folgenden von »Gestaltung« sparsam und eigentlich nur dort geredet werden, wo es nicht vermeidbar ist. Das gilt etwa für den Begriff der Arbeitsgestaltung, der so stark in der gewerkschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Gedankenwelt verankert ist, dass seine Vermeidung nur um den Preis umständlicher Beschreibungen und Erklärungen zu haben wäre. Doch wo Aspekte der strategischen Orientierung und machtpolitischen Fundierungen einer offensiven Arbeitspolitik zur Sprache

⁹ Der Begriff des »eingreifenden Denkens« geht auf den Literaten Bertolt Brecht zurück (Brecht 1967: 158ff.). Er versucht, zunächst widersprüchlich Erscheinendes – nämlich Eingreifen, also Handeln auf der einen und Denken auf der anderen Seite – als zwei Seiten einer sozialen Praxis zu begreifen, die sich nicht mit den Gegebenheiten abfinden will.

¹⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Gestaltung>; Zugriff 5.6.2019.

kommen, soll die Formulierung einer eingreifenden bzw. intervenierenden Politik bevorzugt werden.

Insgesamt läuft die Argumentation auf drei Kernaussagen hinaus. Behauptet wird *erstens*: Eine aussichtsreiche Politik für Gute Arbeit muss mit einer interessenpolitischen Positionierung beginnen. Eine solche sollte vor allem den Transformationstreiber Digitalisierung als Ökonomisierungs- und Rationalisierungsdynamik verstehen, die der Konkurrenz- und Produktivitätslogik kapitalistischer Märkte folgt. Und sie sollte die Interessenverletzungen nicht unterschätzen, die mit den erzwungenen betrieblichen Restrukturierungen verbunden sind und die zugleich Arbeitsplätze und Arbeitsstandards gefährden. Diese Dynamik kann nur durch eine gegenmachtorientierte, eingreifende Politik in verträgliche Bahnen gelenkt werden. *Zweitens*: Konzepte Guter Arbeit lassen sich weniger denn je ohne eine Perspektive entwerfen, die auch die Gebrauchswertseite und Naturverträglichkeit von Arbeit, Produktion und Produkten miteinbezieht. Es gilt, die Reproduktionsinteressen von Erwerbsarbeit, Gesellschaft und Natur zugleich im Blick zu haben und politisch zu integrieren. Diese Ambition steht im Zentrum der hier zur Diskussion gestellten Vorstellung einer »Ökologie der Arbeit«. *Drittens*: Gute Arbeit in diesem Sinne ist bis heute eher Perspektive als Realität. Über den Erfolg einer Realisierungspolitik wird in interessen- und machtpolitischen Konflikten, sogenannten Transformationskonflikten, entschieden. Diese entfalten sich in verschiedenen arbeits- und gesellschaftspolitischen Feldern und bedürfen konkreter Konzepte humaner Arbeitsgestaltung. Unter kapitalistischen Bedingungen wird man ihr nur in dem Maße näherkommen, in dem die Interessen der Beschäftigten nach guten Arbeits- und Lebensbedingungen gestärkt und ihnen durch eine durchgreifende Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft neue Wirkungskanäle eröffnet werden. Nur auf diesem Weg, so eine der Kernthesen, kann eine öko-soziale Transformation im Interesse von Arbeit, Natur und Gesellschaft gelingen.

Die Argumentation gliedert sich grob wie folgt: Zunächst wird nach einer angemessenen interessenpolitischen Positionierung im gesellschaftlichen Ringen um Gute Arbeit gesucht und ein arbeitskraftzentrierter Strategieansatz zur Diskussion gestellt (Teil 2). Dieser Strategieansatz bildet die Hintergrundfolie für die Durchleuchtung von ausgewählten Transformationskonflikten, mit denen sich eine eingreifende Arbeitspolitik konfrontiert sieht. Dabei liegt das Augenmerk auf den Veränderungen der Arbeitsbedingungen sowie den sich daraus ergebenden Handlungsbedarfen, während etwa Aspekte der Einkommensentwicklung oder der sozialen Sicherung, wenn überhaupt, nur am Rande Berücksichtigung finden (Teil 3). Deutlich wird, dass sich die heute dominierenden Entwicklungen in der markt- und profit-

orientierten Transformation von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft bündeln. Diesen muss ein alternatives ökologisch-soziales Transformations-Projekt gegenübergestellt werden, das arbeits-, umwelt- und gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele integriert. Ein solches Projekt soll im darauf folgenden Abschnitt skizziert und auf die Bedingungen seiner Realisierung hin diskutiert werden (Teil 4). Immer wieder zeigt sich dabei, dass die Erfordernisse eines solchen Reformkonzeptes schnell mit den Spielregeln der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer fossilistischen Produktionsweise kollidieren. Auch wenn die Analyse von Dimensionen, Konfliktkonstellationen und Widerständen einer Umsetzungsstrategie noch erheblicher Forschungsanstrengungen bedarf, die Notwendigkeit der Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse scheint evident. Daher werden im Ausblick (Teil 5) einige Gedanken zu einer zeitgemäßen Wirtschaftsdemokratie formuliert, die Widerstände einer intervenierenden Politik überwindet und ihr notwendige Wirkungsräume eröffnet.

Alle hier versammelten Analysen und Schlussfolgerungen gehen aus intensiver Kommunikation und Kooperation mit vielen Kolleg*innen hervor. Mitunter wurde sie aus der Perspektive einer teilnehmenden Beobachtung gewonnen, da der Autor als Gewerkschafter in die analysierten Prozesse involviert ist. Viele entstanden in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit, einige in den (leider zu seltenen) Situationen, in denen wir uns Zeit für eine tiefere Durchdringung der Verhältnisse nehmen und nach strategischen Antworten suchen. Wichtige Gedanken wurden in Texten vorformuliert, die in unterschiedlichen Kontexten entstanden und teilweise gemeinsam mit anderen verfasst wurden. Einige dieser Texte erschienen in den »Jahrbüchern Gute Arbeit«, die ich gemeinsam mit Lothar Schröder, langjähriges Vorstandsmitglied von ver.di, herausgegeben habe (Schröder/Urban 2009ff.). Sie beschäftigen sich mit Dimensionen einer arbeitskraftzentrierten Arbeitspolitik. Koautor*innen dieser Beiträge waren Christoph Ehlscheid, Andrea Fergen und Klaus Pickshaus.¹¹ Zugleich profitierte der Text von den Veranstaltungen, Diskursen und Kontroversen, an denen ich in meiner Funktion als Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und als Permanent Fellow am dortigen DFG-Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« teilnehmen konnte. In diesem Zusammenhang standen Fragen des Verhält-

¹¹ Sie dazu Pickshaus/Urban 2009; Urban/Fergen 2014; Urban/Ehlscheid 2015; 2016 und 2019.

nisses von Guter Arbeit und Demokratie sowie Arbeiten an einer Soziologie der Wirtschaftsdemokratie im Vordergrund.¹² Vielen Studierenden und Mitarbeiter*innen des Kollegs verdanke ich wichtige Anregungen und vor allem Klaus Dörre immer wieder produktive Impulse.

Die genannten Beiträge wurden vor der Übernahme in den vorliegenden Band durch den Autor überarbeitet, aktualisiert und um neue Überlegungen ergänzt. Die Kapitel des vorliegenden Textes stellen nun eigenständige thematische Einheiten dar und lassen sich auch so rezipieren. In Gänze ließen sie sich aber auch als eine in sich geschlossene Monografie lesen. Um beiden Lesarten gerecht zu werden, sollten verbliebene inhaltliche Überschneidungen einzelner Argumentationsgänge verkräftbar und zumutbar sein. Allen, die als Koautor*innen oder Diskurspartner*innen an den Beiträgen beteiligt waren, möchte ich für ihre Bereitschaft danken, mit mir zu denken, zu debattieren und die eine oder andere Zeile zu Papier oder ins Netz zu bringen. Dank schulde ich dabei nicht zuletzt Richard Detje vom VSA: Verlag. Er hat das Manuskript nicht nur engagiert und professionell lektoriert. Wie Klaus Pickshaus und Christoph Ehlscheid hat auch er sich der sicherlich nicht immer amüsanten Anstrengung unterzogen, ältere und neuere Texte aus meiner Feder zu lesen, mir Hinweise auf Veraltetes und Aktuelles sowie Anregungen für neue Abhandlungen zu geben.

Schließlich und sicherheitshalber soll festgehalten werden, was eigentlich selbstverständlich ist: Verbleibende Unzulänglichkeiten gehen allein auf das Konto des Autors. Bleibt zu hoffen, dass sie nicht allzu zahlreich sind und die Ausführungen zu produktiv-kontroversen Debatten anregen. Kritische Einwände gegen die hier dargelegte Sicht der Dinge sind jedenfalls willkommen.

¹² Siehe dazu bereits Urban 2006 und Urban 2011, vor allem aber Urban 2014; 2018a sowie 2019a und b.